

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 3

Charlottenburg, Freitag, den 15. Januar 1909

Jahrg. 36



## Sperrren

**Wollsperrren in Deutschland:** Golditz (Steingutfabrik A.-G.). Hamburg (Mag. Wetterhahn, Eimsbütteler Chaussee) für Schildermaler. Lauf. Mannheim. Stogheim.

**Halbsperrren in Deutschland:** Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Gertel & Menz). Königszelt. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlerbach. Selb (L. Hutschenreuther inklusive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

**Sperrren in Oesterreich:** Linz a. Donau. (Josef Engler Nachfl. und Robert Lenz Nachfl.). Merkersgrün.

## Die freien Gewerkschaften und die Krise.

Bis zum Jahre 1907 hatten unsere Gewerkschaften, so lesen wir in einem Rückblick des „Correspondenzblatt der Generalkommission“ auf das verfloffene Jahr, dem Ansturm der Krise erfolgreich Stand gehalten. Nur einige baugewerbliche Organisationen, die am schwersten unter der Doppelwirkung der Arbeitslosigkeit und unglücklichen Kämpfe litten, hatten erhebliche Mitgliederverluste zu beklagen, während das Gesamtergebnis aller Gewerkschaften noch immer eine Zunahme von 73 853 Mitgliedern war. Die Entwicklung während des Jahres 1908 verlief bei weitem ungünstiger.

Nach den zurzeit aus 40 Organisationen vorliegenden Mitgliederziffern des dritten Quartals 1908 macht sich bereits ein Rückgang von 3830 bemerkbar. Diese Organisationen zählten im dritten Quartal 1907 1 287 734, im dritten Quartal 1908 nur noch 1 283 904 Mitglieder. Eine Zunahme weisen 17, eine Abnahme 23 dieser Verbände auf. Bei den 21 Verbänden, deren Angaben uns zurzeit noch fehlten, steht das Ergebnis voraussichtlich kaum günstiger; einzelne dieser Verbände, besonders im Baugewerbe, dürften noch erheblichere Abnahmen verzeichnen. Alles in allem dürfte bis zum dritten Quartal 1908 mit einer Abnahme von 5—6000 Mitgliedern zu rechnen sein, die im vierten sich leicht um einige Tausend vermehren kann. Darnach steht bereits heute als voraussichtliches Ergebnis der Gewerkschaftsentwicklung des verfloffenen Wirtschaftsjahres ein Rückgang der Mitgliederziffern der Gewerkschaften fest, der zwar bei den Riefenziffern der letzteren als ein sehr minimaler zu bezeichnen ist, aber immerhin eine recht bedenkliche Erscheinung darstellt.

Dieser Rückgang ist natürlich dem wirtschaftlichen Niedergange geschuldet, was sich daraus ergibt, daß die Organisationen der von der Krise meist betroffenen Industrien und Gewerbe besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen sind. So weisen die Organisationen der Lederindustrien ausnahmslos Rückgänge auf, auch diejenigen des Baugewerbes, soweit aus diesen bereits Ziffern vorliegen. Günstiger schnitten die Bergarbeiter und die Organisationen im Metallgewerbe ab, und von der Krise verschont blieben sämtliche graphischen Gewerbe, mit Ausnahme der Buchdrucker- und Hilfsarbeiter. Der wirtschaftliche Niedergang vermindert die Arbeiterzahl der betroffenen Gewerbe, und diese Arbeiter scheiden mit dem erzwungenen Berufswechsel aus ihrer

Organisation aus, um sich der Organisation ihres neuen Berufes anzuschließen. So erklärt es sich auch, daß die Fabrikarbeiter noch einen ansehnlichen Zuwachs und die Transportarbeiter nur einen sehr geringen Rückgang aufweisen. Aber die Arbeitslosigkeit ist allgemein bedeutend gestiegen — die übrigen Berufe vermögen bei weitem nicht alle Arbeitslosen aufzunehmen und von den Hunderttausenden, die auf der Straße bleiben, gehen leicht einige Tausend der Organisation verloren.

Unter diesem Uebermaß von Arbeitslosigkeit versagt sehr häufig auch die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften, die ja zeitlich und materiell nur eine sehr begrenzte sein kann. Wenn auch aller Voraussicht nach die baugewerblichen Organisationen, die keine Arbeitslosenunterstützung gewähren, am schwersten von Mitgliederverlusten betroffen sind, so hat diese Unterstüzungseinrichtung doch auch andere Gewerkschaften nicht vor Verlusten bewahren können. Besonders der Handschuhmacherverband, eine alte, gut gefestigte Unterstüzungorganisation, hat so bedeutende Verluste erlitten, daß sein Aufgehen im Lederarbeiterverband nur eine Frage weniger Monate sein kann. Aber auch die Verbände der Glaser, Holzarbeiter, Glasarbeiter, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter, alles Organisationen mit wohl ausgebaute Unterstüzungswesen haben schwer gelitten. Von den 40 Verbänden, deren Zahlen und Schätzungen vorliegen, haben 34 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt; von diesen haben 18 eine Zunahme und 21 eine Abnahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Von den 6 Verbänden ohne Arbeitslosenunterstützung weisen 3 eine Zunahme und 3 eine Abnahme auf. Dieser Vergleich kann als ausschlaggebender nicht erachtet werden, weil von 21 Verbänden, von denen 13 keine Arbeitslosenunterstützung im Berichtsjahre gewährten, die Angaben fehlen, — aber sie geben uns einen Anhalt für die Annahme, daß von einem gewissen Höhepunkt des Arbeitslosendruckes an die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung sich als unzureichend erweist und ihre Wirkung als Bindemittel verliert.

Daraus zu schließen, daß die Arbeitslosenunterstützung überhaupt nutzlos wäre, ist natürlich unsinnig, denn sicherlich würden die Mitgliederverluste bei weitem größere sein, wenn die Gewerkschaften diese Einrichtungen nicht besäßen. Hat doch der Bauhilfsarbeiterverband allein im Jahre 1907 bereits über 11 000 Mitglieder und in einem einzigen Quartal sogar über 20 000 Mitglieder verloren. Aber schließlich erlahmt die Kraft der Selbsthilfe auch bei den best fundierten Organisationen, wenn die Arbeitslosigkeit eine Höhe und Dauer erreicht, die weit über die Grenzen und Mittel der Gewerkschaften hinaus geht. Nach den Angaben des Reichsarbeitsblattes haben die an der Arbeitslosenstatistik beteiligten Gewerkschaften aller Richtungen in den ersten drei Quartalen des Jahres 1908 insgesamt 5,6 Millionen Mark für Reise- und Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Das vierte Quartal, in welchem die Arbeitslosigkeit des Jahres ihren Höhepunkt erreichte, fehlt in dieser Zusammenstellung. Jedenfalls sind weit über 8 Millionen Mark im Jahre 1908 für diese Unterstüzung seitens der Gewerkschaften aufgebracht, und zwar für einen Mitgliederkreis von etwa 1 1/4 Millionen. Dazu dürften noch etwa 2 Millionen Mark für Reise- und Arbeitslosenunterstützung der nicht an der reichsamtlichen Statistik beteiligten Organisationen kommen, so daß die Arbeitslosigkeit der Arbeiterklasse eine direkte Last von etwa 10 Millionen Mark aufbürdete.

Gegenüber dieser praktisch wertvollen Hilfe der Gewerkschaften haben Reich, Staat und Gemeinden in Deutschland völlig versagt. Das Reich beschränkte sich auf Statistiken und

Denkschriften, in denen es deutlich genug zu erkennen gab, daß auf eine Lösung des Arbeitslosenproblems fürs erste nicht zu rechnen sei. Von den Bundesstaaten hat nur Bayern in allerjüngster Zeit der Frage seine Aufmerksamkeit durch Einsetzung eines Studienausschusses zugewendet und von den Gemeinden haben Berlin und Charlottenburg ein Gleiches getan. Nur eine einzige deutsche Stadtgemeinde hat praktisches auf diesem Gebiete geleistet, Straßburg i. E., und diese hat mit Recht erkannt, daß nur auf dem von den Gewerkschaften beschrittenen Wege die Frage der Arbeitslosenversicherung zu lösen ist, durch Annahme des vom Stuttgarter Gewerkschaftskongreß geforderten Center Systems. Erst an dieser Gleichgiltigkeit fast aller öffentlichen Gewalten läßt sich ermessen, welche bedeutende Vorarbeit die Gewerkschaften zur Herabminderung des Arbeitsloseneulds geleistet haben. —

## Die Ergebnisse der Krankenversicherung im Jahre 1907.

Die Betreibung einer zeitgemäßen, großzügigen Krankenversicherungspolitik ist so gut wie ausgeschlossen, da die Gesetzgeber seinerzeit dem organischen Aufbau der Krankenkassen zu wenig Aufmerksamkeit schenken und namentlich vergaßen, für eine Zentralisation der Krankenkassen Sorge zu tragen. Dadurch war es möglich, daß sich das Gebiet der Krankenversicherung in einer Weise zersplitterte, die es zur Unmöglichkeit macht, die Leistungen der Versicherten wirklich auszunutzen.

Einen Beweis für das Fehlen jeden inneren Zusammenhangs und für die ungeheure Kräftezersplitterung in der Krankenversicherung liefern jeweils die Rechnungsergebnisse, die vom Kaiserlich Statistischen Amt veröffentlicht werden. Am fühlbarsten ist hier immer das Fehlen einer Zentralinstanz, die das reichhaltige statistische Material der Krankenkassen verarbeitet und nutzbar macht. Jetzt können die Fortschritte und Leistungen der Krankenkassen nur aus einigen nackten Ziffern entnommen werden, die in keiner Weise befriedigen, da sie über die innere Organisation der Kassen gar keine Auskunft geben und auch in rechnerischer Hinsicht schwere Mängel aufweisen.

Aus den soeben erschienenen Ergebnissen des Jahres 1907 ist zu entnehmen, daß die Zahl der Krankenkassen eine Steigerung von 23 214 am Schlusse des Jahres 1906 auf 23 232 im Jahre 1907 erfuhr. Die Steigerung kommt auf die Ortskassen, Innungs- und Betriebskrankenkassen; die Zahl der eingeschriebenen Hilfskassen, landesrechtlichen Hilfskassen, Baukrankenkassen und Gemeindeversicherungskassen hat sich vermindert, letztere um nicht weniger als 76. Es scheint, daß die Gemeinden doch mehr und mehr ihre Zeit verstehen lernen und die überlebte Gemeindeversicherung zugunsten leistungsfähiger Kassen aufgeben. Die Vermehrung der Betriebskrankenkassen um 91 ist in erster Linie auf die systematische Hege der Unternehmerpresse zurück zu führen, die gegen die Ortskrankenkassen in ganz unberechtigter Weise betrieben wird.

Die Zahl der Kassen und ihr Mitgliederstand im Durchschnitt des Jahres 1907 beträgt:

Gemeindekrankenvversicherung	8290	mit	1 564 756	Versicherten
Ortskrankenkassen	4757	"	6 194 108	"
Betriebskrankenkassen	7914	"	3 156 221	"
Baukrankenkassen	41	"	19 697	"
Innungskrankenkassen	761	"	264 604	"
Eingeschriebene	1318	"	903 560	"
Landesrechtliche	151	"	36 020	"
Hilfskassen				

Wie ersichtlich, zählen die Ortskassen die meisten Mitglieder, auch der Mitgliederzuwachs gegen das Vorjahr ist bei diesen am stärksten. Daneben weisen nur die Betriebskrankenkassen eine bemerkenswerte Mitgliederzunahme auf, die Innungskassen und landesrechtlichen Hilfskassen hatten im Berichtsjahre so ziemlich dieselbe Mitgliederzahl, während die Baukrankenkassen 3000 Mitglieder verloren haben. Die Gesamtzahl der versicherten Personen betrug 12 138 966 gegen 11 689 388 im Jahre 1906.

Ueber den Gesundheitszustand der Versicherten unterrichten die Zahlen über die Erkrankungsfälle und Krankheitstage. Gegen das Vorjahr ist hierin eine erhebliche Verschlechterung eingetreten, die bei allen Kassen mehr oder weniger zum Ausdruck kommt.

Bezeichnend ist, daß die Krankheitsfälle und Krankheitstage die größte Steigerung bei den Betriebskrankenkassen erfahren haben. Die angebliche Mitherrschaft in den Ortskassen soll ja unter anderen auch in der Vorschubleistung des Simulantentums bestehen. Vielleicht lernen die Urheber solcher Märchen aus dieser Statistik, daß nicht die „sozialdemokratisch verfeuchten“ Ortskrankenkassen, sondern die natürlichen Verhältnisse auf die

Krankheitszahlen und damit auf die Unterstützungssummen wirken.

Die absolute und verhältnismäßige Zahl von Krankheitstagen und Krankheitsfällen bei sämtlichen Kassen in den letzten fünf Jahren ist folgende:

	Krankheitsfälle		Krankheitstage	
	absolut	auf ein Mitglied	absolut	auf ein Mitglied
1903	3 782 620	0,37	71 726 598	7,02
1904	4 229 177	0,39	83 259 967	7,77
1905	4 451 448	0,40	88 082 296	7,88
1906	4 423 756	0,38	87 444 605	7,48
1907	4 956 388	0,41	97 148 780	8,00

Von den letzten fünf Jahren weist das Berichtsjahr die höchsten Krankheitszahlen auf. Die Ursachen dieser Steigerung genau zu erforschen, wäre eine der vielen Aufgaben der fehlenden Zentralinstanz in der Krankenversicherung.

Die ordentlichen Einnahmen sämtlicher Kassen (aus Zinsen, Eintrittsgeldern, Beiträgen, Zuschüssen, Ersatzleistungen, sonstigen Einnahmen) betragen 319 592 187 Mt. gegen 293 305 160 Mt. im Jahre 1906. Die darunter befindlichen Einnahmen aus Beiträgen bezifferten sich auf 300 379 186 Mt. (Vorjahr: 276 664 612 Mt.). Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Ersatzleistungen, zurück gezahlte Beiträge, Verwaltungsausgaben) beliefen sich auf 299 094 756 Mt. (Vorjahr: 264 236 035 Mt.). Die Entwicklung der Unterstützungsleistungen wird durch folgende Zahlen beleuchtet. An Krankheitskosten kamen im Jahre 1906 241 793 604 Mt. zur Verbuchung, die sich auf 273 887 506 Mt. im Berichtsjahre erhöhten. Auf je ein Mitglied entfallen Krankheitskosten bei

	1903	1904	1905	1906	1907
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Gemeindekrankenvversicherung	9,64	10,99	11,49	11,28	12,19
Ortskassen	17,27	19,92	20,51	20,57	22,48
Betriebskassen	22,99	25,55	26,59	26,80	28,51
Baukassen	29,76	29,15	31,97	24,85	27,81
Innungskassen	16,93	19,44	20,87	20,16	21,62
Eingeschriebene Hilfskassen	18,92	18,72	19,63	19,05	20,66
Landesrechtliche	15,98	17,12	17,74	16,95	17,97
alle Kassen zusammen	17,69	19,97	20,76	20,68	22,56

Wir müssen uns leider versagen, die Leistungen der Kassenarten untereinander zu vergleichen; bemerkenswert ist, daß die Ortskassen in bezug auf Schwangeren- und Wöchnerinnen-Unterstützung, auf Fürsorge für Rekonvaleszenten usw. den anderen Kassenarten zum Teil weit über sind.

Von allen Kassen zusammen wurden ausgegeben für ärztliche Behandlung 63 325 782 Mt. (Vorjahr 57 293 080 Mt.), für Arznei und sonstige Heilmittel 49 157 749 Mt. (36 021 712 Mt.), für Krankengelder 121 416 115 Mt. (104 050 833 Mt.), für Schwangere und Wöchnerinnen 5 493 301 Mt. (5 061 736 Mt.), für Sterbegelder 7 122 348 Mt. (6 521 058 Mt.), für Anstaltsverpflegung 36 167 635 Mt. (32 670 074 Mt.), für Rekonvaleszentenfürsorge 204 576 Mt. (175 111 Mt.). Von letzterer Summe entfallen allein 153 718 Mt. auf die Ortskassen, für Schwangere und Wöchnerinnen verausgabten sie rund 3,7 Millionen Mark. Bei einem Vergleich der Krankheitskosten mit den Vorjahre fällt besonders die bedeutende Steigerung der Ausgaben für Arznei und Heilmittel auf, sowie die für ärztliche Behandlung. Im Jahre 1903 betrug die Mitgliederzahl 10 224 297, auf ein Mitglied kamen 0,37 Erkrankungsfälle und 7,02 Krankheitstage, die Ausgaben für ärztliche Behandlung betragen 40 765 699 Mt., die für Arznei 28,9 Millionen Mark. Im Berichtsjahr bezifferte sich die Mitgliederzahl auf 12 138 966, das bedeutet eine Steigerung von rund 19 pCt., die Erkrankungsfälle stiegen auf 0,41 und die Krankheitstage auf 8 pro Mitglied. Die Ausgaben für Arznei usw. betragen 49,1 Millionen Mark, die für ärztliche Behandlung 63,3 Millionen Mark. Die Arztkosten haben sich also um 53,3 pCt., die Arzneikosten um 70,6 pCt. gesteigert. Bei solchen Steigerungen ist es kein Wunder, wenn einsichtige Krankenkassen dem konzessionierten Apothekenwesen den Krieg erklären und bestrebt sind, die Heilmittel so weit wie möglich in eigene Regie zu übernehmen und wenn sie die Forderungen der Herren Ärzte auf Lohnerhöhungen nicht ohne weiteres bewilligen wollen.

Das Vermögen sämtlicher Kassen betrug am Ende des Berichtsjahres 244,9 Millionen Mark (1906: 230,2 Millionen), wovon 2,8 Millionen auf die Gemeindeversicherung, 112,8 Mt. auf die Ortskassen, 103,7 Millionen auf die Betriebskassen, 0,2 Millionen auf die Baukassen, 4,6 Millionen auf die Innungskassen, 18,9 Millionen auf die eingeschriebenen und 1,7 Millionen auf die landesrechtlichen Hilfskassen entfallen.

Ein allgemeiner Blick auf die Zahlensummen bringt voll die Erkenntnis, daß ganz andere Resultate in bezug auf Erfolge

und Fortschritte in der Krankenversicherung möglich wären, wenn die Bestrebungen zur Reform dieser Versicherung einen günstigen Ausgang fänden. Die Zentralfisation der Krankenversicherung; gemeinsame Ortsklassen für die Städte; Bezirksklassen für die Gemeinden unter Aufhebung aller übrigen Krankentassenformen; die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Selbstverwaltungsrechts der Ortsklassen unter Beseitigung der beschränkenden Bestimmungen; intensiver Ausbau der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, auch in bezug auf die Krankheitsvorbeugung, das sind Ziele, deren Erreichung möglichst bald gelingen möge.

## Verbands-Angelegenheiten

An die Zahlstellentassierer und -Revisoren!

Die Zahlstellentassierer werden ersucht, die Bestimmung des § 40, Ziffer 7 des Statuts und § 10, Ziffer 1 der Rassenordnung künftig genau zu beachten, nach welcher der Rechnungsabluß sofort nach Schluß des Quartals fertig zu stellen und an die Hauptkasse ein zu senden ist. Die Einsendung muß spätestens am 20. des ersten Monats im neuen Quartal erfolgt sein. Die rechtzeitige Einsendung des Abchlusses liegt im Interesse einer geordneten Rassenverwaltung und sollte es sich jeder Zahlstellentassierer angelegen sein lassen, obige Bestimmung auf das genaueste zu beachten. Ich ersuche deshalb, die Abrechnung pro 4. Quartal 1908 bis spätestens 20. Januar d. J. an mich ein zu senden.

Bezüglich der Abrechnung für den 12 pSt.-Fonds sind einige Kassierer der Auffassung, daß pro 4. Quartal 1908 eine solche nicht mehr ein zu senden sei, weil nunmehr die Bestimmung getroffen ist, daß für diesen Fonds nur eine jährliche Abrechnung an die Hauptkasse gesandt zu werden braucht. Das Berichtsjahr umfaßte jedoch die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember, mithin ist mit dem Abluß der Verbandskasse, auch ein solcher für den 12 pSt.-Fonds pro 4. Quartal 1908 ein zu senden.

Im Ablußformular des 12 pSt.-Fonds pro 4. Quartal ist auch die Zahl der am Schluß des Jahres in der Bibliothek vorhandenen Bücher und Broschüren anzugeben, auch von denjenigen Zahlstellen, welche den Bücherbestand einer gemeinschaftlichen Bibliothek überwiesen haben.

Es sei auch noch bemerkt, daß den Abrechnungen über alle in denselben in Ausgabe gestellten Beträge die Quittungen beigelegt werden müssen.

Die Prüfung der Abrechnungen durch die Revisoren hat gemäß den Bestimmungen der §§ 25 und 26 der Rassenordnung zu erfolgen. Die Revisoren wollen diese Bestimmungen genau beachten. Diejenigen Revisoren, welche noch nicht im Besitze einer neuen Rassenordnung sind, wollen eine solche vom Zahlstellentassierer verlangen.

W. Herden.

## Aus unserem Berufe

Die Bedeutung Nordamerikas für die europäische und namentlich für die deutsche und österreichische Porzellanindustrie führte in letzter Zeit zu wiederholten Abhandlungen in der Fach- und Tagespresse. — Wie unseren Lesern auch bekannt ist, wurde während der letzten Präsidentenwahl in Nordamerika davon gesprochen, daß die nordamerikanischen Porzellan- und Steingutindustriellen nur unter der Bedingung für Last eintreten wollen, daß der Einfuhr-Zoll auf Erzeugnisse der ausländischen Feinkeramik um ein Wesentliches erhöht werden würde. Der Kandidat Taft versprach, diesem Wunsche durch seine Präsidententätigkeit Rechnung tragen zu wollen. Das aber würde nicht nur einen erneuten schweren Schlag der nach Nordamerika ausführenden Porzellanfabriken in England, Frankreich, Oesterreich und Deutschland bedeuten, sondern der amerikanischen Markt selbst müßte darunter leiden. Dieser Meinung gibt wenigstens ein Artikel in der Rundschau Ausdruck, in welchem es u. a. heißt: „Es ist allerdings immer noch fraglich, ob jene Bestrebungen auf eine wesentliche Zollerhöhung Erfolg haben werden, da die einsichtigeren Amerikaner sich dem Eindruck der Tatsache nicht entziehen können, daß trotz des hohen Zolles von 60 pSt. auf seine Porzellanwaren, trotz der enormen Anstrengungen in den vereinigten Staaten, eine Porzellanindustrie zur Entwicklung zu bringen, trotz der hitandigen Handhabung des Zollverfahrens, die Einfuhr von Porzellanwaren seit zwanzig Jahren um bald 60 pSt. zugenommen hat. Wenn auch entgegen gehalten wird, daß die amerikanische Produktion von vornehmlich geringeren und mittleren Porzellanwaren im gleichen Zeitraum

um das Dreifache stieg, so ist doch kaum anzunehmen, daß in absehbarer Zeit die amerikanische Porzellanindustrie Produkte von gleicher Ausführung und gleicher Vollendung wie die deutsche Industrie zu liefern imstande ist. Die Luxusporzellane und das feinere Geschirr wird für jedenfalls noch sehr lange Zeit von europäischen Fabriken geliefert werden. Der Grund dafür liegt in der langen gewerblichen Ausbildung, die in Deutschland und Oesterreich üblich ist, und die jene hohe technische Leistungsfähigkeit erzeugt hat, die von einem Industrievolk, das gewerbliche Lehrlinge kaum kennt, schwerlich erreicht werden kann. Andererseits können die viel kostbareren amerikanischen Arbeitskräfte in der Porzellanindustrie auch nicht durch Arbeitsmaschinen ersetzt werden, in deren Erfindung die Amerikaner so großes leisten. Es ist deshalb sehr begreiflich, daß die großen New Yorker Einfuhrhäuser, wie ein österreichischer Konsulatsbericht meldet, erklären, daß sie schon zufrieden wären, wenn nur der bisherige Zollsatz aufrecht erhalten würde, unter dem sie große Geschäfte durchführen konnten.“ — Ob diese Vermutungen zutreffen, bleibt abzuwarten. Fest steht jedenfalls das Eine: Die amerikanischen Steingut- und Porzellanfabrikanten sind eifrig bemüht, die ihnen unbequeme Konkurrenz des Auslandes durch hohe Einfuhrzölle zu unterbinden. Dazu gebrauchen sie dieselben abgenutzten Redewendungen, die auch unsere Industriellen anwenden, wenn sie nach Schutzzöllen rufen. In erster Linie sind es ja zumeist die „hohen“ Arbeiterlöhne, welche angeblich die Konkurrenzfähigkeit unterbinden sollen. So hielt denn — nach einem amerikanischen Fachblatt — auch jüngst in einer Versammlung von Interessenten ein Herr Burgeß in Amerika einen Vortrag, in welchem er die Notwendigkeit höherer Schutzzölle für die amerikanische Keramikindustrie durch Folgendes zu begründen versuchte: „Während der starken Einfuhr ausländischen Porzellans in Nordamerika haben in den Vereinigten Staaten allein sieben Porzellanfabriken ihren Betrieb einstellen müssen, weil sie trotz des bestehenden Zolls nicht mit den deutschen, österreichischen und besonders mit den japanischen Porzellanfabriken konkurrieren konnten. Unter dieser Konkurrenz habe die gesamte feinkeramische Industrie in den Vereinigten Staaten gelitten. Während nämlich in den letzten 25 Jahren die Feinkeramik in England um 530 pSt., in Deutschland um 643 pSt., in Oesterreich um 514 pSt. und in Japan gar um 1194 pSt. in der Höhe der erzeugten Waren stieg, hatte die nordamerikanische feinkeramische Industrie nur eine Erhöhung der Warenmenge um 75 pSt. zu verzeichnen. Burgeß glaubte, daß in erster Linie die bedeutende Verteuerung der amerikanischen Betriebsunkosten und des Materials zurück führen zu müssen. So seien die Arbeiterlöhne in den Keramikbetrieben Amerikas um 111 pSt. höher, als in den englischen Betrieben. Mit Deutschland verglichen kämen 215 pSt. und für Oesterreich 246 pSt. heraus. Aber nicht nur die Arbeitskosten für Material, Versicherungen und Abgaben erforderten von den nordamerikanischen Keramikbetrieben Aufwendungen, die insgesamt die Herstellung von Steingut und Porzellan in Nordamerika um 75 pSt. höhere werden ließen als in England. Gegen Deutschland stände Nordamerika um 125 pSt. und im Verhältnis zu Oesterreich um 140 pSt. ungünstiger. — Da diese Ausführungen aber auch von dem Standpunkt eines Zollverschärfungsfreundes aus gemacht wurden, muß man diese Zahlen mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen. Gewiß werden die amerikanischen Kollegen im Durchschnitt besser bezahlt werden als die thüringischen und böhmischen Porzellanarbeiter. Ob das Verhältnis aber den angegebenen Maßen entspricht, ist für uns noch nicht endgültig geklärt. Man darf bei diesen Vergleichen nicht außer Acht lassen, welche Arbeiterkategorien verglichen werden. Zumeist herrscht in Nordamerika die Steingutindustrie vor, die in erster Linie Sanitäts- und andere komplizierten Waren herstellt. Und die Verdienste der in dieser Branche tätigen Kollegen mit den Löhnen der in den traurigst bestellten Exportruben Böhmens oder Thüringens arbeitenden Kollegen vergleichen zu wollen, muß freilich zu einer schiefen Darstellung führen. Bisher sind uns solche kolossalen Verdienste, wie sie die obigen Prozentzahlen für die amerikanischen Kollegen vermuten lassen, nicht bekannt geworden. Auch in Nordamerika werden die Unternehmer zu sehen wissen, wo sie bleiben.“

Eine heilsame Erziehung für Streikbrecher verstehen unsere französischen Kollegen anzuwenden. Als in Vallauris die Kollegen und Kolleginnen ausgesperrt wurden, fanden sich auch aus den Kreisen der organisierten Kollegen zwei Arbeitswillige. Es waren Vater und Sohn. Nachdem der Kampf beendet war, empfanden es Vater und Sohn doch für besser, sich der Organisation wieder anzuschließen. Sie richteten ein Schreiben um Wiederaufnahme in die Organisation an die Leitung derselben. Die organisierten Kollegen willfahrte dem Wunsche der beiden

**Streikbrecher.** Man sagte sich, daß die beiden Sünder ihre Tat vielleicht aufrichtig bereuten. Aber die Aufnahme sollte nur unter der Bedingung wieder erfolgen, daß sich Vater und Sohn bereit erklärten, die durch ihre Streikarbeit verdienten 228 Frs. an die Organisationskasse abzuführen. Darauf antworteten Vater und Sohn in einem Schreiben an die Organisationsleitung unter dem 5. Dezember: „Den Empfang Ihres Schreibens vom 4. lfd. bestätigend, kommen wir Ihrem Wunsche nach und erklären uns einverstanden: 1. An die Organisationskasse die Summe von 228 Frs. einzuzahlen. 2. Wir nehmen die in unserem Schreiben an Sie unter dem 4. Oktober gebrauchten Redewendungen zurück, da wir Sie damit nicht verletzen wollten. 3. Es ist für uns selbstverständlich, daß wir unsere Beiträge regelmäßig und pünktlich abführen werden, so wie Sie bestimmt haben. Wilhelm Ruffel sen. und jun.“ — Beim Lesen dieser Zeilen dürfte wohl manchem von unseren Streikbrecher-Gesellen ganz sonderbar zu Mute werden. Dieses Verfahren konsequent durch geführt kann der Organisation und dem Streikbrecher, auf den es recht erzieherisch wirkt, sehr viel nutzen.

**Schönwald.** Die neue Aktiengesellschaft Porzellanfabrik G. & A. Müller schloß ihr erstes Betriebsjahr mit einem Reingewinn von 48 614 Mk. ab. Die Dividende macht 2 Prozent aus. Ueber den Geschäftsgang in dem Berichtsjahr und über die Aussichten für das laufende Jahr heißt es in dem Geschäftsbericht u. a.: „Im allgemeinen waren die beiden Fabriken der Firma bis zum Herbst 1907 flott beschäftigt; es machte sich alsdann die im November 1907 einsetzende amerikanische Krise empfindlich bemerkbar. Das Gewinnresultat des ersten Geschäftsjahres ist weiter ungünstig beeinflusst worden durch die angestiegenen der Gründung erwachsenen Kosten für Hypothek-Aufnahme und andere einmalige Ausgaben. Auch die im ersten Geschäftsjahr nach Errichtung der Abteilung B für Kapseln und Modelle entstandenen besonders hohen Kosten, die zu einem erheblichen Teile abgeschrieben wurden, machten sich ebenfalls fühlbar. Die Fabrik ging mit einem genügenden Stand von Aufträgen in das neue Jahr über; die Geschäftsleitung glaubt zuversichtlich, auf eine weiter fortschreitende Entwicklung der Betriebe rechnen zu können.“

**Frankreich.** Der Nationale Kongreß unserer französischen organisierten Kollegen findet in diesem Jahre zu Ostem, am 11. und 12. April, in Mehun-sur-Yèvre, Departement Cher, statt. Die Tagesordnung des Kongresses ist noch nicht bekannt gegeben.

## Aus anderen Verbänden

**Lithographen.** Besondere Opfer zur Unterstützung der Arbeitslosen. Vorstand und Ausschuß des Verbandes der Lithographen und Steindrucker haben beschlossen, vom 1. Januar 1909 ab bis auf weiteres einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche zu erheben, um den arbeitslosen ausgesetzten Mitgliedern eine Extraaufstützung gewähren zu können. Eine solche Extraaufstützung hat der Verband bisher aus der Gewerkschaftskasse gezahlt, da die allgemeine Unterstützungskasse des Verbandes nur für die statutarischen Unterstützungen auskommt. Im letzten Halbjahr hat die Extra-Unterstützung der Ausgesetzten rund 30 000 Mk. erfordert. Durch den Extrabeitrag soll nun verhütet werden, daß so große Beträge der Gewerkschaftskasse, aus der die Ausgaben für den gewerkschaftlichen Kampf zu decken sind, entzogen werden.

**Schneiderverband.** Im Verband der Schneider und Schneiderinnen wird demnächst eine Urabstimmung über die Frage der Einführung der Arbeitslosen- bzw. Erwerbslosenunterstützung vorgenommen werden. Es handelt sich dabei um folgenden Antrag, darauf dem letzten Verbandstag der Schneider angenommen wurde: „Das gesamte Material und die Vorlage des Vorstandes, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung betreffend, wird den Mitgliedern zur Beratung und Urabstimmung unterbreitet. Den Mitgliedschaften wird zur Pflicht gemacht, in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1909 zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit die Urabstimmung am 1. April 1909 ihren Abschluß finden kann. Das Resultat derselben ist dem Vorstand mitzutellen.“ Der nächste Verbandstag, der 1910 in Hamburg stattfindet, soll erst bestimmen, wann die Vorlage, wenn sie durch die Urabstimmung beschlossen wird, in Kraft treten soll.

Im Transportarbeiterverband wird auf Beschluß des Verbandsvorstandes und Ausschusses den ausgesetzten arbeitslosen

Mitgliedern eine Zuschußunterstützung auf die Dauer von 4 Wochen gewährt. Der Beschluß, welcher mit Rücksicht auf die gegenwärtig vorhandene große Arbeitslosigkeit gefaßt ist, gilt für die Zeit vom 3. Januar bis zum 3. April.

## Für die Frauen

**Belgien.** Die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts zu den Gewerbegerichten beschloß die belgische Abgeordnetenkammer am 19. Dezember 1908 bei der ersten Lesung der Gewerbegerichtsnovelle. Der dahin gehende Antrag der Sozialisten wurde mit Eifer vom Genossen Troclet verfochten und gelangte trotz der ablehnenden Haltung der Regierung mit 62 gegen 29 Stimmen bei drei Enthaltungen zur Annahme. In derselben Sitzung wurde die Einführung der Wahlpflicht ebenfalls mit starker Majorität beschlossen. Die sozialistischen Anträge auf Ausdehnung der Gewerbegerichtsbarkeit auf die Handlungsgehilfen, Kontorangestellten, Dienstboten und Landarbeiter wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die Zahl der Arbeiterinnen, die fortan an den Wahlen zu den Gewerbegerichten teilnehmen dürfen und sogar teilnehmen müssen, dürfte mindestens 100 000 betragen. Die an sich bescheidene Reform kann als erster Schritt zur Erringung des politischen Frauenwahlrechts für die proletarische Frauenbewegung große Bedeutung erlangen.

**England.** Ein weiblicher Polizist zur Ueberwachung der Nahrungsmittelfälschung ist in einem Vorort von London von der Gemeinde angestellt worden. Die Notwendigkeit, den entsprechenden Posten zu schaffen, ist bezeichnend für das Wesen der kapitalistischen Ordnung, die vom Profitinteresse des Einzelnen beherrscht wird. Die Eier nach Gewinn hat die gesundheitsschädliche Verfälschung der Nahrungsmittel einen großen Umfang annehmen lassen.

## Vermischtes

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1907 sind dem Reichstage jetzt zugegangen. Nach dieser Aufstellung bestehen auf Grund des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes 64 Berufsgenossenschaften mit 652 889 Betrieben und 8 641 802 durchschnittlich Versicherten und 63 staatliche Ausführungsbehörden mit 567 535 durchschnittlich Versicherten, auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft 48 Berufsgenossenschaften mit 4 710 401 Betrieben und 11 189 071 durchschnittlich Versicherten und 54 staatliche Ausführungsbehörden mit 240 884 durchschnittlich Versicherten, auf Grund des Bauunfallversicherungsgesetzes eine Berufsgenossenschaft mit 18 627 Betrieben und 297 560 durchschnittlich Versicherten, 76 staatliche Ausführungsbehörden mit 48 313 Versicherten, 329 kommunale Ausführungsbehörden mit 107 126 Versicherten und 13 Versicherungsanstalten mit 79 606 Vollarbeitern, auf Grund des Seeunfallversicherungsgesetzes schließlich eine Berufsgenossenschaft mit 1602 Betrieben und 79 005 Versicherten, 13 staatliche Ausführungsbehörden mit 731 Versicherten und eine Versicherungsanstalt.

**Der gelbe Sumpf.** Briefe des sattsam bekannten Rudolf Leblus, verantwortlich zeichnenden Leiters der „gelben Arbeitervereine“, sind durch eine Reihe glücklicher Umstände in freigewerkschaftliche Hände geraten. Die Briefe sind zur Beurteilung des gelben Sumpfes so wichtig, daß sie mit Recht, in einer Broschüre vereinigt, der Öffentlichkeit übergeben worden sind. Aus den Briefen ergibt sich, mit dem letzten Zweifel zerstreuer Klarheit, daß, wie es in der Vorrede der Broschüre heißt, „die sogenannten gelben Arbeitervereine von den Unternehmern ausgehalten werden und den Unternehmerinteressen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet dienstbar sind.“ Unter den Briefen sind die an den Vorsteher der sozialpolitischen Abteilung der Hamburg-Amerika-Linie, Oberleutnant Hahn, gerichteten besonders interessant. Herr Hahn war nämlich früher Beamter in der Personalabteilung der Karl Zeiß-Stiftung in Jena und machte durch sein Interesse für die Arbeiterbewegung von sich reden. Er betätigte sich, wie in der Broschüre hervor gehoben wird, auch an den Diskussionen über das Prämienlohnsystem und trat sogar auf einer Generalversammlung des Deutschen Metallindustriellenverbandes in dieser Frage als Korreferent auf. Dort gebärdete sich Herr Hahn durchaus objektiv und glaubte die Rolle eines Vermittlers spielen zu müssen. Mit den Worten: „Nicht mithassen, mitzulieben sind wir da! Wir wollen den Frieden und nicht den fortgesetzten Kampf, denn im Kampfe

verschleiern sich die Ansichten und man schießt da einmal über das Ziel hinaus", schloß Herr Gahn damals sein Korreferat, um heute Arm in Arm mit Herrn Lebius und einem skrupellosen Unternehmertum die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu bekämpfen. Des ferneren lassen die Veröffentlichungen jener Lebiusbriefe, die noch neuen Datums sind, und sämtlich in die Zeit vom Herbst 1907 bis zum Sommer 1908 fallen, erkennen, daß hinter Lebius die Unternehmer als Geldgeber und Aushälter dieser „Aucharbeiter-Bewegung“ stehen. — Am 5. Januar fanden in Berlin mehrere große, überfüllte Versammlungen statt, in denen der Berliner Arbeiterschaft von dem Inhalt dieser Broschüre Kenntnis gegeben und das arbeiterfeindliche Wirken der Lebius-Garde in entsprechender Weise beleuchtet wurde.

**Belgien.** Im Volkshaus zu Brüssel fand während der Weihnachtstage der 10. Kongreß der belgischen Gewerkschaften statt. Anwesend waren 243 Delegierte, die 143 Gruppen vertraten. In der belgischen Industrie waren 1907 insgesamt 576 789 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Davon gehörten 189 759 oder 24,22 pCt. den der belgischen Arbeiterpartei angeschlossenen Gewerkschaften an, außerdem sind vorhanden 10 057 Mitglieder in sogenannten neutralen Gewerkschaften, die der Partei nicht angeschlossen sind und in „christlichen“ Gewerkschaften 30 664 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen der sozialistischen Gewerkschaften betragen 1907 2 110 995,65 Franks, die Ausgaben 1 301 800,62 Franks. Von den Ausgaben entfielen u. a. für Streiks und Aussperrungen 427 000 Franks, für Arbeitslosenunterstützung 146 000 Franks, für Krankenunterstützung 136 000 Franks, für die Fachpresse 93 000 Franks, für Agitation 63 000 und für Verwaltung 97 000 Franks.

Der Generalsekretär Bergmans wies in seinem Bericht an den Kongreß auf die erfreuliche Tatsache hin, daß die Gewerkschaften endlich daran gingen, ihre Beiträge zu erhöhen. Der Einfluß der französischen Gewerkschaftstaktik sei in Belgien so ziemlich überwunden. Das zeigte sich auch beim ersten Punkt der Verhandlungen auf dem Kongreß, wo mit großer Mehrheit beschlossen wurde, ab 1. Januar 1910 eine zentrale obligatorische Widerstandskasse für alle Gewerkschaften einzuführen. Die ewige „Bettelei“ im Lande, wie sie bei jedem Streit einsetze, höre dann auf.

Sodann wurde über die Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt und einer Resolution zugestimmt, in der es heißt, daß für die Bergarbeiter nur der Achtstundentag eine volle Befriedigung ihrer Wünsche bringen kann, weshalb der Kongreß dem Projekt des Deputierten Destres zustimmt. Bezüglich der Industriearbeiter erklärte sich der Kongreß für den Entwurf Bertrandts, der für diese eine Maximalarbeitszeit von zehn Stunden vorsteht. Ferner wurde beschlossen, während die Kammer die betreffenden Gesetzesvorlagen diskutiert, große Manifestationen zu veranstalten. Die Arbeitsruhe am Sonnabend nachmittag wurde vom Kongreß gefordert als eine notwendige Ergänzung der Sonntagsruhe. Kauf und Verkauf ist am Sonnabend zu gestatten, wodurch den Angestellten in den Detailgeschäften eine volle Sonntagsruhe gesichert wäre. Der Kongreß beauftragte eine Komitee, die Propaganda zur Herbeiführung dieser Reform für die Angestellten und Arbeiter der Großindustrie und des Großhandels einzuleiten. Nachdem man sich mit der Frage der Gefängnisarbeit beschäftigt hatte, wurde die Frage der Arbeitslosenunterstützung behandelt, die eine lebhafteste Diskussion hervorrief. Troclet (Lüttich) unterbreitete eine Reihe Thesen, in welchen folgende Forderungen aufgestellt waren: „Allgemeine obligatorische Versicherung gegen unfreiwillige Arbeitslosigkeit durch den Staat mit Hilfe der anderen öffentlichen Gewalten (Kommune, Provinz). Die Arbeiter müssen stets bestrebt sein, durch Verkürzung der Arbeitszeit usw. möglichst regelnd in die Produktion einzugreifen. Die Kommunal- und Provinzial-Behörden sind verpflichtet, die Arbeitslosenfonds der Arbeiterberufsvereine durch jährliche Zuschüsse zu unterstützen. Diese Unterstützung muß kollektiv, nicht individuell, d. h. sie muß den Vereinen in Pauschale gewährt werden. Die Verwaltung der Fonds liegt ausschließlich in den Händen der betr. Berufsvereinigungen. Die Unternehmer haben einen Jahresbeitrag nach Maßgabe der von ihnen ausgezahlten Löhne beizufeuern. Die Genter Delegierten traten für das bei ihnen herrschende System (Genter System) ein, wonach bekanntlich jeder einzelne Arbeitslose, der sich selbst z. B. durch Beitritt zu einer Gewerkschaft gegen Arbeitslosigkeit versichert hat, von seiten der Gemeinde einen weiteren Zuschuß erhält. — nachdem einige Änderungen vorgenommen, gelangten die Thesen Troclets zur Annahme. Von den Vorschlägen der Genter wurden einige als Amendements zu der Resolution Troclets angenommen; so z. B.: Die Kassen zur Unterstützung der Arbeitslosen in den

Gewerkschaften sind getrennt zu verwalten. Im allgemeinen haben die öffentlichen Behörden nur solche Gruppen zu unterstützen, welche Arbeitslosenkassen eingerichtet haben.“

Die übrigen Verhandlungspunkte waren kleinlicher Natur. Immerhin bedeutete der Kongreß einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der Entwicklung der belgischen Gewerkschaften.

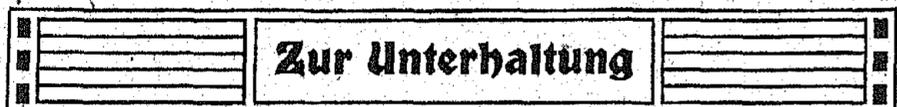
**Eine Konferenz zum Schutze der Heimarbeiter** hat, wie die „Soziale Praxis“ zu berichten weiß, auf Anregung aus der Mitte der Reichstagskommission für die Novelle zur Gewerbeordnung am 26. November stattgefunden. Der Zweck der Konferenz war, eine Besprechung der Ergebnisse der Heimarbeiterausstellungen (Berlin 1906 und Frankfurt a. M. 1908) und über die hieraus sich für eine gesetzgeberische Regelung bietenden Folgerungen. An der Konferenz, die unter Leitung des Freiherrn v. Berlepsch stattfand, nahmen Mitglieder der Kommission sowie Vertreter der Leitungen beider Ausstellungen teil. Nach einleitenden Referaten von Francke für Berlin und Arndt für Frankfurt wurden zahlreiche für die gesetzliche Regelung in Betracht kommenden Fragen auf Grund der in beiden Ausstellungen gemachten Erfahrungen durchgesprochen: Registrierung der Heimarbeiter, Unterstellung unter die Arbeitsversicherung, Wohnung und Werkstätte, Verbot gefährlicher, Regelung schädlicher Hausindustrien, Lohnfragen: Druckverbot, Lohnbuch, Lohn tafeln, Submissionen, Tarifverträge, Mindestlohnsätze usw., Vertretung der Heimarbeit in den Arbeitskammern, Beschränkung der Arbeitszeiten, Ausdehnung der Gewerbegerichte und der Gewerbeinspektion auf die Heimarbeiter. Die Konferenz soll lediglich den Zweck einer informativischen Aussprache gehabt haben.

**Vom Reichshaushalt.** Der Etat für 1909 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 2 865 409 018 Mk., ist mithin um 80,6 Millionen Mark gestiegen. Die fortdauernden Ausgaben sind mit 2 232 525 038 Mk. angesetzt, machen also 66 Millionen Mark mehr aus. Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Stats weisen ein mehr von 45,1 Millionen auf und sollen 397 844 235 Mk. betragen. Die Einnahmen des Reichs sind u. a. folgendermaßen veranschlagt: Matrikularbeiträge der Einzelstaaten 426 889 153 M. (dazu noch 28 403 680 Mk. gestundete aus 1906), es wird hier mit einem Mehr von 80 861 081 Mk. gegen 1908 gerechnet. So steht es auf dem Papier, tatsächlich wird aber die Erhebung von 207,5 Millionen Mark ausgelegt, da die Bundesstaaten auch nicht so viel Geld haben, die Ansprüche des Reichs zu befriedigen. Aus Zöllen und Verbrauchssteuern wird mit einer Einnahme von 1 203 477 980 Mk., also mit einem Minus von 54 653 790 Mk. gerechnet. Das Reichsschatzamt ist demnach auch der Ansicht, daß die wirtschaftliche Depression noch längere Zeit anhält, wofür auch die von der Reichseisenbahnverwaltung mit 123 291 000 Mk. angesetzten Einnahmen sprechen, denn sie besagen ein Weniger von etwa 2 1/2 Millionen Mark. Der für die Witwen- und Waisenversicherung aus den Zolleinnahmen abzuführende Betrag erfährt infolgedessen auch eine Schmälerung um 13 Millionen. Bei der Reichspost erwartet man ein Mehr von 28 300 600 Mk., insgesamt eine Einnahme von 672 477 600 Mk., bei der Reichsdruckerei eine solche von 11 922 500 Mk., das sind 992 700 Mk. mehr als im Jahre 1908.

**Ungarn.** Der letzte Tag des vorigen Jahres fand die Hauptstadt Ungarns, Budapest, im Zeichen des Generalstreiks, der zum Teil politische, zum Teil gewerkschaftliche Ursachen hatte. Die ungarische Regierung wird demnächst dem Parlament einen Wahlrechtsentwurf vorlegen, der aber weder den von ihr gegebenen Versprechungen noch den Forderungen der Arbeiter gerecht wird. Um den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Vorenthaltung der politischen Rechte von vornherein zu brechen, ist die Regierung auf die schlaue Idee verfallen, zunächst mit den Gewerkschaften aufzuräumen, so daß es den Arbeitern an der Zentrale für ihre Aktion fehlt. So wurde vor kurzem der Verband der Eisenbahner aufgelöst, dann kam die Organisation der Kaffeelöcher an die Reihe und am 29. Dezember wurden die stärksten Gewerkschaften des Landes, der Verband der Metallarbeiter und die Tischlersektion des Holzarbeiterverbandes aufgehoben. Diese Maßnahme schlug aber dem Fuß den Boden aus. Am folgenden Tage schon traten die Vertrauensmänner der Organisationen zusammen und beschlossen einstimmig einen 24 stündigen Generalstreik, der prompt durchgeführt wurde. Da sich auch die Buchdrucker an dem Streit beteiligten, konnten keine Zeitungen erscheinen, welchen Umstand die offiziellen Nachrichtenbüros dazu ausnützten, den Welt mitzutellen, daß der Streit verbracht sei. In Wirklichkeit war jedoch der eintägige Generalstreik eine gewaltige Demonstration, die auch ihre Wirkung nicht verfehlte. Der Minister hat bereits angeordnet, daß die „aufgehobenen“ Gewerkschaften

die Unterstüzungen an ihre Mitglieder weiter auszahlen dürfen. Am Nachmittag des 31. Dezember fanden in den größten Lokalen 10 überfüllte Versammlungen statt, in welchen unter dem lebhaften Beifall der Zuhörer darauf hingewiesen wurde, daß dieser eintägige Streit nur die Einleitung zu den bevorstehenden Kämpfen ist. Das neue Jahr verspricht also lebhaftere Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft in Ungarn. Offenlich lassen sich die Machthaber durch den so deutlich zum Ausdruck gebrachten Willen der Arbeiterschaft warnen und spannen den Bogen nicht zu krafft.

**Caritabschlüsse.** Eine Statistik über die Tarifverträge im Jahre 1907 besagt, daß als abgeschlossen, erneuert oder verlängert 2811 Tarife für 42 145 Betriebe mit 372 794 Personen zu verzeichnen sind. Als Bestand am 1. Januar 1907 sind 3582 Tarife für 97 344 Betriebe mit 817 150 Personen benannt, als Bestand am 31. Dezember 1907 5319 Tarife, 110 980 Betriebe mit 974 074 Personen. Diese Zahlen kommen jedoch den tatsächlichen Verhältnissen nur entfernt nahe, es bestanden schon am Schlusse von 1907 erheblich mehr Tarifverträge. Das Jahr 1908 hat auch noch einen Zuwachs gebracht, der allerdings mit dem der vorher gehenden Jahre nicht stand halten wird.



Zur Unterhaltung

## Aus der Urgeschichte der Keramik.

Von Theodor Wolff.

II.

Das erste Erzeugnis der Töpferei war eine in Ton geknetete Nachahmung der natürlichen Fruchtschale; mit einem natürlich gleichfalls tönernen Rundfuß versehen, war diese tönernerne Schale bereits zu einem Standgefäß geworden, das wohl vornehmlich als Trinkgefäß fungierte und seiner äußeren Form nach, wenn auch aus anderem Material hergestellt, noch Jahrtausende lang bis auf den heutigen Tag als Kelch erhalten geblieben ist. Doch die ins Leben getretene Töpferei hielt sich bei der Nachahmung der Schale nicht lange auf; das einmal rege gewordene Bedürfnis führte rasch zu immer weiterer Anwendung der Gefäße für die verschiedensten Zwecke und zur Erzeugung der verschiedensten Arten von Gefäßen; so finden wir bereits in den frühesten Epochen der vorgeschichtlichen Keramik eine große Anzahl von nach Art, Zweck und Form verschiedenen Tongefäßen. In dieser großen Mannigfaltigkeit aber können wir drei, nach ihren Zwecken wie nach ihren Formen sich deutlich unterscheidende Grundarten von Tongefäßen verfolgen, nämlich Gefäße für den Haushalt, die vornehmlich der Aufbewahrung der Speisen- und Nahrungsmittelvorräte dienen, ferner Gefäße der in jenen Zeiten nicht begraben sondern verbrannten Verstorbenen, Aschenurnen und Aschenkrüge, und Beigefäße, die zur Aufnahme von Nahrungs- und Genußmitteln für den Geist des Toten dienen und welche neben die die Asche des Verstorbenen bergende Urne mit in die Grabstätte hinein gestellt wurden. In der ersten Epoche der vorgeschichtlichen Keramik sind diese Gefäße noch plumpe, ungeschliffene Gebilde, die aus mangelhaft geschlämmter, grobkörniger Tonmasse hergestellt und nur sehr schlecht und ungenügend gebrannt sind. Häufig auch ist dem Tone eine kleine Menge grober Quarz oder fein zerstampfter Granit beigemischt, seltener auch kleinere Stücke Muschelschale. Der Zweck dieser Beimengungen bestand darin, den Gefäßwandungen gegen die Einwirkungen des Feuers eine größere Widerstandsfähigkeit zu verleihen und das Zerreißen der Wandungen zu verhüten. Diese Beimengungen aber machten die Oberfläche des Gefäßes rau und körnig, ein Umstand, dem dadurch abgeholfen wurde, daß man das Gefäß nach seiner Herstellung aus der rohen Tonmasse noch mit einer Schicht feineren Tones überzog, wodurch die Rauhigkeiten und die körnigen Unebenheiten verdeckt wurden. Oder man suchte diese durch Abschleifen mittelst geeigneter Steine oder Knochen zu entfernen und so die Oberfläche des Gefäßes zu glätten.

Die Ausführung dieser allerältesten und, wie erwähnt nur sehr roh und plump ausgeführten Gefäße läßt ebenso wie die den späteren Epochen der vorgeschichtlichen Keramik angehörenden, bereits auf einer bedeutend höheren Stufe der technischen Ausführung und äußeren Ausstattung stehenden, teilweise sogar schon ganz vollendeten keramischen Erzeugnisse das gleiche einfache, ja primitive Herstellungsverfahren erkennen, das sich aber dennoch als wohl durchdacht erweist. Ohne Anwendung irgend welcher eigentlicher Werkzeuge wurden die Gefäße aus freier Hand geformt; die handliche Geschicklichkeit war das einzige Mittel, das bei dem Werke tätig war und das dem Tonlumpen Form

und Gestalt gab. Die Herstellung begann bei dem Boden des Gefäßes, der in Form einer annähernd kreisrunden, später in sich gewölbten Platte geknetet wurde. An der Platte wurde dann ein runder dünner Tonzylinder angefügt derart, daß der Zylinder die Platte umschloß. Durch Festkneten wurde dann der Rand des Zylinders mit dem der Platte verbunden. Auf den ersten Zylinder wurde dann ein zweiter gesetzt, auf diesen ein dritter, bis das Gefäß die erforderliche Höhe erreicht hatte. Durch Verengerung der Erweiterung der einzelnen Ringe hatte der Tonkünstler es in der Hand, dem Gefäß Hals oder Bauch, konische halbkugelige oder sonstige Form zu geben. Die Formgebung weist jedenfalls schon bei den Gefäßen der ältesten Epoche eine ungemaine Mannigfaltigkeit auf. War das Gefäß auf diese Weise fertig geformt und nach dem beschriebenen Verfahren von den Unebenheiten der Oberfläche befreit, an der Außenfläche wohl auch noch mit eingegrabenen oder eingeritzten ornamentalen Zeichnungen und Verzierungen versehen, so wurden sie nunmehr gebrannt. Die Gefäße wurden um das Feuer herum gestellt und der Einwirkung der Hitze so lange ausgesetzt, bis sie den genügenden Trocken- und Härtegrad erreicht hatten. Gegen die schädigenden Einwirkungen des Feuers, wie Reißen und Springen der Gefäßwandungen, suchte man die Gefäße in der oben beschriebenen Weise durch Beimengungen fremder Stoffe zum Ton zu schützen. Von einer Regulierung der Hitze hatte man natürlich noch keine Ahnung. Die aus der Steinzeit herrührenden schweizerischen Pfahlbauten sind vorwiegend der Fundort dieser noch primitivsten keramischen Erzeugnisse geworden, die sich noch durchweg als schlecht gebrannte plumpe Gefäße zeigen. Diese Fundorte weisen darauf hin, daß das Alter jener ersten vorgeschichtlichen Tongefäße zum mindesten bis in die jüngere Periode der Steinzeit hinein reicht. Ob in der älteren Steinzeitperiode, die von jener trotz der engen kulturgeschichtlichen Verwandtschaft beider immerhin durch einige Jahrtausende getrennt ist, auch schon Tongefäße hergestellt, bezw. gebrannt wurden, ist zweifelhaft.

Zwar sind in den verschiedenen Höhlen Belgiens, so in der Höhle Peit Modave, der Engishöhle u. a., die den Menschen der ältesten Steinzeit als Wohnung dienten, Scherben von roh geformten, mangelhaft gebrannten Tongefäßen gefunden worden, doch ist es kaum wahrscheinlich, daß diese Gefäße von den einstigen Bewohnern dieser Höhlen hergestellt worden sind, vielmehr ist die Annahme berechtigt, daß jene Scherben erst späterhin durch irgend welche Umstände dorthin verschleppt worden sind. Dagegen steht das Vorkommen gebrannter Tongefäße in dem sogenannten „Rjöklenmoddinger“ fest. Die Rjöklenmoddinger (dänisch, bedeutet Küchenabfälle) sind an den dänischen Ostseeküsten, besonders am Kattegatt, häufig vorkommende Anhäufungen, die man früher für vom Meere zurück gelassene Muschelbänke hielt, bis man in ihnen die versteinerten Speisereste eines Volkes aus der Steinzeit erkannte und zwar einer mittleren Periode derselben. Diese Anhäufungen, die im wesentlichen aus Auster- und Muschelschalen, Resten von Schnecken, Krebsen, Fischen, Krabben sowie den Knochen verschiedener Jagdtiere bestehen, enthalten also auch Scherben von Tongefäßen und geben somit über das Alter und die Entstehungszeit jener ungefähren Aufschluß.

Jahrhunderte, vielleicht Jahrtausende bleibt die keramische Kunst der vorgeschichtlichen Völker bei diesen primitiven, roh und plump gearbeiteten Erzeugnissen stehen. Allmählich aber entwickelte sich jene Kunst zu höheren Stufen der Vollkommenheit der Gefäße. Zweckmäßigere Gestaltung paart sich mit technisch besserer Ausführung derselben. Vor allem ist die Anfügung eines Henkels oder auch eines Henkelpaares an die Tongefäße ein wichtiges Produkt der fortschreitenden Keramik; auch wurden die Gefäße mit zahlreichen Zierarten versehen, sei es durch entsprechende Formgebung, sei es durch Anfügung selbständiger nur Zierzwecken dienender Teile. Auch die Verzierungen der Außenflächen durch eingeritzte oder eingedrückte ornamentale Zeichnungen, die in ihrer ausgedehnten Mannigfaltigkeit ein ganz selbständiges Kapitel der Forschung über die vorgeschichtliche Keramik geworden ist und auch hier selbständig erörtert werden soll, setzt in beachtenswerterem Maße hier ein. Zugleich auch nimmt der Umfang der erzeugten Gefäße beständig zu, und besonders die zur Aufbewahrung von Speisen und Nahrungsmitteln dienenden Gefäße wachsen in Höhe und Breite in solchem Maße, daß sie kleinen Vorratskammern gleichen. Halbmanns- und manns hohe und noch größere Gefäße finden sich, und schon die Größe dieser Erzeugnisse nötigt uns vor den Leistungen der vorgeschichtlichen Töpferei hohe Achtung ab. Weitere Erzeugnisse der tonbildnerischen Tätigkeit jener Zeit sind Teller, Schüsseln, Henkel- und henkellose Töpfe der verschiedensten Form und Größe, ferner Napfe, Tonlöffel und andere Geräte, ferner Tonbilder, menschliche und tierische Personen darstellend,

Zum Paragraph 6.

Da so viele Zahlstellen gegen den angeblichen Beschluß des Vorstandes vom 28. September und 28. Oktober protestieren und einige befragte Delegierte in den Versammlungen erklärt haben, von einem solchen Beschluß der Generalversammlung nichts zu wissen, der dem Hauptvorstand das Recht gibt, diese Beschlüsse fassen zu dürfen, da des ferneren die Zahlstelle Frage die Frage in der Anstalt stellt, ob kein Delegierter in der Lage sei, darüber zu berichten, wie dieser Beschluß zustande gekommen sei, so teile ich mit, daß der Vorstandsantrag Nr. 15 zur Generalversammlung mit großer Majorität von den Delegierten angenommen worden ist. Der Antrag lautete: „Vorstand: § 8 Ziffer 1 des Statuts wie folgt zu gestalten: Stellungslose und arbeitsunfähige Mitglieder, die keine Unterstützung beziehen, sind nicht verpflichtet, Beiträge zu zahlen, sofern die Dauer der Stellungslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit mindestens sechs Tage währt und die Stellungslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit sofort dem Zahlstellenkassierer gemeldet und dadurch die Kontrolle durch die Verwaltung ermöglicht wurde. Ziffer 2, 3, 4, und 5 des genannten Paragraphen sind zu streichen.“ Bei der Annahme dieses Antrages habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß viele Delegierte, welche dafür gestimmt haben, nicht gewußt haben, was dieser Antrag bedeutet, da die Abstimmung zu schnell vor sich ging, und es mir nicht möglich war zu dieser Sache zu sprechen obwohl ich mich zum Wort meldete; in dem Augenblick aber auch schon die Abstimmung erfolgte. Genosse Wollmann mußte es bei dieser Sache ganz überhört haben, daß ich mich zum Wort gemeldet hatte. Zwei Delegierte machte ich gleich nach der Abstimmung auf die Bedeutung dieses Antrages aufmerksam, worauf sie erklärten: Hätten sie das gewußt, so hätten sie nicht dafür gestimmt, sie hätten geglaubt, es bleibe bei diesem Antrag wie es bisher gewesen sei. Dieses zeigt, daß es eines jeden Delegierten höchste Pflicht ist, sich die Anträge, bevor er zur Generalversammlung geht, genau anzusehen, lieber zwei und dreimal durchzulesen als überhaupt nicht. Dieses schützt vor Ueberraschungen und Unzuträglichkeiten. Auch ich bin der Meinung, daß es richtiger ist, arbeitslose und kranke Mitglieder, auch wenn sie Unterstützung erhalten, keine Beiträge zahlen zu lassen.

Karl Fehst.

**t. Annaburg.** Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden um 9 Uhr eröffnet, leider aber war dieselbe sehr schlecht besucht. Die Punkte 1 und 2 wurden in üblicher Weise erledigt. Bei Punkt 3, Verwaltungsrath und Lokalfrage, wurden die alten Verwaltungsmitglieder wiedergewählt mit Ausnahme des Beisizers und Bibliothekars. Bei der Lokalfrage blieb es wie im Vorjahre. Es wurde beschlossen, im Januar eine Versammlung abzuhalten, zu welcher ein Vorstandsvertreter erscheinen soll. Weiter entspann sich eine lebhaftige Debatte über die Abzüge der Beiträge vom Krankengeld.

**t. Berlin.** In der am 19. Dezember abgehaltenen Zahlstellen-Versammlung wurde nach Erledigung der notwendigen geschäftlichen Angelegenheiten beschlossen, die Versammlungen wie bisher jeden dritten Sonnabend im Monat im Gewerkschaftshaus stattfinden zu lassen. Aus dem Bericht der Verwaltung ist folgendes hervor zu heben: Die Zahlstelle hatte am Schlusse des Jahres 1907 341 Mitglieder. Am Tage des Berichts 317, mithin einen Abgang von 24. Die Fluktuation in der Zahlstelle ist begründet durch: Wegen Resten gestrichen 74, abgereist 24, zusammen Abgang 98; aufgenommen wurden 66 Kollegen. Die Einnahme für die Verbandskasse betrug: Bestand vom 4. Quartal 1907 122,45, Eintrittsgelder 24,25, Wochenbeiträge bis Schluß des 3. Quartals 4525,45, von der Hauptkasse erhalten 1000,— Summa 5672,15 Mk. Die Ausgabe betrug: An Arbeitslosenunterstützung 6436,94, für die Agitationskommission 92,30, Jahrgelder 75,60, Arbeitsnachweis 300,—, 4 pCt. des Kassierers 281,66, 12 pCt. der Zahlstelle 834,72, Summa 8021,22 Mk. Ergibt eine Mehrausgabe von 2349,27 Mk., wovon 1000 Mk. durch den Unterstützungsfonds durch Einsetzung gedeckt sind. Im 12 pCt.-Fonds war eine Einnahme inkl. Bestand von 1907 von 964,22 Mk. zu verzeichnen. Ausgabe 861,26 Mk. Bleibt Bestand 102,96 Mk. An Streifenmarken sind verkauft 855 Stück à 10 Pfg. = 85,50 Mk. Zuschußkasse: Einnahme an Beiträgen 1. bis 3. Quartal 2406,45 Mk. Ausgabe für Krankenzuschuß 646,95 Mk. Ueberschuß 1760,50 Mk. Im Unterstützungsfonds waren mit Bankguthaben und Bestand von 1907 1494,77 Mk. Dazu Einnahme an Beiträgen à 10, 15 und 25 Pfg. (extra) 2784,45 Mk. Summa 4229,22 Mk. Ausgabe inkl. 1000 Mk. an die Hauptkasse 3022,78 Mk. Bestand 1206,44 Mk. Der Berichterstatter verweist auf die Mehrausgabe für den Verband und stellte die Wochenbeiträge sowie den Ueberschuß der Zuschußkasse, den Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung gegenüber und betonte, daß dann immer noch eine Mehrausgabe zu verzeichnen ist. Ein Beweis, daß die wirtschaftliche Krise sich sehr stark bemerkbar machte. Außerdem wirkten auch die ausgefallenen Wochen von den Kollegen mit, welche ausgeteuert und nicht unterstützungsberechtigt sind: denn es kommen 791 Wochen à 45 Pfg. = 355,95 Mk. in Betracht. Er bespricht im Anschluß hieran den Arbeitsnachweis. Offene Stellen waren bis Schluß des 3. Quartals 322. Befetzte Stellen 268. Nicht besetzt wurden 56. Selbst Beschäftigung gefunden 92. Gestrichen im Arbeitsnachweis 21. Abgereist 13. Unter den nicht besetzten Stellen sind solche zu verstehen, wo zu gleicher annonciert, oder die Arbeit schon erledigt ist. Desgleichen diejenigen, wo die Kollegen nicht angenommen wurden, weil die Spezialisierung betreffs der einzelnen Artikel zu sehr Platz greift. Die Stellen sind im allgemeinen nur Aushilfsstellen. Es sind Wochen gewesen, wo 50 Kollegen und darüber im Nachweis eingetragen waren. Die Arbeitslosen hatten an Arbeitszeitausfall 7300 Tage bei 5 Mark Tagelohn, also ein Lohnausfall von 36500 Mk. zu tragen. Die Kollegen, welche beschränkt arbeiteten, sind dabei nicht mitgerechnet. Differenzen, welche von Belang und Wichtigkeit sind, waren nicht zu verzeichnen. Die Bibliothek wurde im Berichtsjahre 375 mal benutzt. Der Angestellte war für den Verband an 125 Sitzungen beteiligt. An Postkarten und Briefen gingen ein 467, welchen 586 Ausgänge gegenüber stehen (außer Drucksachen), welche zu bearbeiten waren. Weiter wurde der Besuch der Branchenversammlungen angeführt und dabei bemerkt, daß es des öfteren vorgekommen sei, daß wegen zu schwachen Besuchs ein Ausfall

die nur zu Tierzwecken gedient zu haben scheinen, vielleicht auch als eine Art Fetisch, Götzenbilder oder ähnliches fungiert haben mögen. Solche Tongebilde sind aus den aus der Steinzeit stammenden Höhlen, die den Menschen jener Lage als Wohnung dienten, in großen Mengen heraus befördert worden, ein Umstand, der darauf schließen läßt, mit welchem Eifer sich der Mensch dieser Zeit der Tonbilderei widmete. Einen hervorragenden Platz unter den keramischen Erzeugnissen dieser Epoche nehmen die Töpferwaren ein, die in den aus der Bronzezeit stammenden Pfahlbauten in der Schweiz in großen Mengen gefunden worden sind und zwar ihrer bemerkenswerten exakten Ausführung, ihrer Formenschönheit und künstlerischen Ausschmückung wegen. Was die heutige Keramik vermittelt ihrer komplizierten technischen Hilfsmittel erzeugt, mußte der Tonbildkünstler, aus dessen Händen jene vorgeschichtlichen Erzeugnisse hervorgingen, in nur wenig geringerer exakter Ausführung nur vermittelt seiner zehn Finger und einer unermüdbaren Geduld bereits zu verfertigen. Eine andere Gattung vorgeschichtlicher Tongefäße wird durch die Gefäße des Laufzger Typus repräsentiert, so genannt, weil der hauptsächlich Auffindungsort dieser Gefäße die Laufz ist. Unter ihnen finden sich Kannen, Tassen, Krüge und Schüsseln mit und ohne Deckel, dickbauchige Vorratsgefäße, Urnen, eine Art Räucherschüsseln, flache Untersätze, Schalen und Henkelgefäße der verschiedensten Art. Die Gefäße sind zumeist mit Zierarten versehen, besonders dem Henkel ist fast immer eine phantastische Form gegeben. Außer in der Laufz sind diese Gefäße zerstreut in ganz Brandenburg, Posen, Schlesien, Oesterreich und Ungarn gefunden worden.

Doch nicht nur praktische Zwecke verfolgte der Mensch jener Lage mit der Anfertigung von Tongefäßen, sondern diese dienten ihm auch vor allem als Objekte, an denen sich sein noch schlummernder künstlerischer Trieb betätigen und entwickeln konnte. Die Knetbarkeit des Tonen führte direkt spielend dazu, daß sich der Mensch nicht nur auf die Erzeugung nackter Gefäße beschränkte, sondern ihnen die verschiedensten Gestalten zu geben suchte, die er dem Bereich seiner Anschauung und Erfahrung entnahm. So finden wir unter den vorgeschichtlichen Tongefäßen solche, die die Gestalt von Menschen und Tieren nachahmen, in großer Zahl. Besonders zahlreich sind unter den Gefäßen jener Art die sogenannten Gesichtsurnen vertreten, deren oberer Teil in Form eines menschlichen Gesichts gehalten ist; ferner auch Hausurnen, als welche besonders die großen Vorratsgefäße ausgeführt wurden, Buckelurnen, die mit an die Form einer Weiberbrust erinnernden buckelartigen Verzierungen versehen sind, und sich besonders zahlreich unter den Gefäßen des Laufzger Typus finden, usw. Auch durch Bemalung suchte der Verfertiger solcher Gefäße diesen ein höheren, über das rein Praktische hinaus gehenden, also künstlerischen Anstrich zu geben, wenn auch die Mittel, die ihm dafür zustanden, recht primitive waren. Als Farbe verwandte er vornehmlich Ruß und zwar derart, daß er auf den im Rußfeuer geschwärzten Gefäßwandungen Figuren, Ornamente usw. vermittelt eines als Zeichenstift fungierenden Stäbchens einzeichnet. Späterhin verwandte er als Farbmittel kreideartige Erden oder auch den rötlichen Ocker, zwei Farbmittel, die ihm eine reiche Ausschmückung ermöglichten. Die derart aufgetragenen Zeichnungen bestehen aus geometrischen Figuren, Drei- und Vierecken, Zickzack und Spirallinien, menschlichen und tierischen Gesichtern und dergleichen. An dem aus weichem Ton gebildeten Gefäß betätigte sich der bildnerische Kunstsinne des Menschen zuerst und lange vor der Entstehung der eigentlichen Bildhauerkunst, die aus der bildnerischen Knetung des Tonen hervor gegangen ist.

So finden wir den vorgeschichtlichen Menschen bereits eifrig mit der Kunst der Tonbilderei zu Gebrauchszwecken und kunstgewerblichen Zwecken beschäftigt, finden hier die Ursprünge der Keramik wieder, die uns belehren, welche gewaltige Rolle in der Entwicklung des Menschengeschlechts zur Kultur gerade die Knetung des Tonen zu spielen berufen war. Gewiß, uns moderne Menschen, die wir uns an den vollendeten Schöpfungen eines technisch und künstlerisch hoch entwickelten keramischen Gewerbes erfreuen können, mühen die keramischen Erzeugnisse des vorgeschichtlichen Menschen roh und primitiv an, doch an dem Maßstab jener Zeit und ihrer geistigen und ihrer kulturellen Entwicklung gemessen, sind jene einfachen Formen, in denen sich die tonbildnerische Tätigkeit der prähistorischen Menschen bekundet, nicht minder bedeutungsvolle Erzeugnisse der menschlichen Schaffenskraft als die vollendeten keramischen Produkte unserer Zeit, und für die Geschichte und Entwicklung der keramischen Kunst sind jene mindesten ebenso bedeutungsvoll und wichtig wie diese.

derselben stattfinden mußte. Er findet auch die Zusammenlegung verschiedener Branchen zu einer großen Gruppe für vorteilhaft, und ersuchte die Kollegen, die einzelnen Leiter der Branchen mehr zu unterstützen. Der Vorsitzende führte noch aus, daß 20 Verwaltungssitzungen, 17 Lohn-Kommissions-Sitzungen und 18 Versammlungen stattgefunden haben. Bei den Leitern der einzelnen Branchen habe ein starker Wechsel stattgefunden, so daß dadurch die positive Arbeit wenig gefördert werden konnte. Nach eingehender Diskussion über den Bericht, bei welcher es sich hauptsächlich darum handelt, ob sich das von der Zahlstelle eingerichtete Bureau und die Anstellung eines Beamten sich als praktisch erweist, wird folgender Antrag angenommen: Die Verwaltung der Zahlstelle wird beauftragt, im nächsten Jahre der Versammlung eventuell im August oder September hierüber genauen Bericht zu erstatten und dementsprechende Vorschläge zu machen.

**1. Pöbneck.** Die am 17. Dezember stattgefundenen Versammlung war leider wieder nur schwach besucht. Der Vorsitzende erstattete den Kartellbericht. Aus diesem ist hervor zu heben, daß die Wahl der Generaoversammlungsmitglieder zur Ortskrankenkasse beanstandet worden ist und daß man sich von gegnerischer Seite alle Mühe gibt, die Kandidaten des Kartells hinaus zu drängen. Ebenfalls ist noch zu erwähnen, daß am 10. Januar die Generaoversammlung des Gewerkschaftskartells stattfindet und daß im Januar oder Februar ein Strzelewicz-Abend veranstaltet werden soll. Hierauf wurde in die Verwaltungswahl eingetreten. Als Gewählte gingen hervor Vorsitzender Rich. Heibrich, Kassierer Paul Göge, Schriftführer Franz Seifert, Revisor Paul Kühn. Unter Verschiedenem wurde folgender Antrag angenommen: Die Zahlstelle Pöbneck verwirft es auf jeden Fall, daß den kranken Mitgliedern welche Unterstützung beziehen, Beiträge abgezogen werden und schließt sich dem Protest der voraus gegangenen Zahlstellen an, mit der Bemerkung, daß man nicht mit einer Hand etwas geben soll um es mit der anderen gleich wieder heraus zu ziehen.

**Rheinsberg.** Die am 19. Dezember abgehaltene und von 11 Mitgliedern besuchte Zahlstellenversammlung erledigte zunächst die Verwaltungswahl, welche glatt von statten ging. Es wurde der Antrag gestellt, sich der Resolution von Freienorla usw. anzuschließen, betreffs des Vorstandbeschlusses vom 28. September 1908. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Außerdem wurden der Zahlstelle Sörnewitz 6 Mk. aus dem 12 pSt-Fonds überwiesen. Unter Verschiedenem wurde noch beschlossen, einen Lokalfonds zu gründen, um das lästige Sammeln für durchreisende Kollegen zu beseitigen.

#### Sterbetafel.

**Gera.** Otto Heinz, Porzellan-dreher, geboren am 19. Februar 1874 zu Jmenau, gestorben am 4. Januar 1909 an Lungen- und Herzkrankheit.

**Schedewitz.** Friedrich Ebert, Porzellanmaler, geboren am 8. November 1867 zu Zwickau, gestorben am 8. Januar 1909 an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 45 Tage.

Ehre ihrem Andenken!

### Uersammlungs-Anzeigen

- Althaldensleben.** Sonntag, 17. Januar, nachm. 8 Uhr bei W. Herzog Neuhaldensleben. Alle Bibliothekbücher müssen unbedingt spätestens 8. Januar abgegeben sein.
- Annaburg.** Sonnabend, 16. Januar, 8 Uhr, in Beck's Gesellschaftshaus. Abschluß 17. Januar.
- Bayreuth.** Sonntag, 16. Januar, 8 Uhr, bei Scheurer, Wiesenstr. 12. Quartalsabschluss.
- Berlin.** Sonnabend, 16. Januar, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Zahlstellen-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Statistiken abliefern. — Sonnabend, 23. Januar, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Kunstgewerbliche Branche. Sitzung bei Wollschläger, Albalbertstr. 21.
- Berlin-Moabit.** Montag, 18. Januar, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Buttlersstr. 10.
- Blankenhain.** Sonnabend, 16. Januar, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in der Reichstrone.
- Bonn.** Sonnabend, 16. Januar, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 13 1. Etage rechts.
- Breslau.** Sonnabend, 16. Januar in Fuhrmanns Restauration, Matthiasstr. 182.
- Charlottenburg.** Sonnabend, 16. Jan. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Volkshaus, Rosinenstr. 8.
- Eigersburg.** Sonntag, 17. Januar, nachmittags 8 Uhr, im Hotel Strien.
- Elsterwerda.** Sonnabend, 16. Januar, 8 Uhr, im Gasthof zum deutschen Kaiser, bei Heinrich Vohse.
- Gera.** Sonntag, 17. Januar, nachmittags 8 Uhr, bei Kessler. Sämtliche Bibliothekbücher abliefern.
- Gräfenhal.** Sonntag, 24. Januar, nachmittags 8 Uhr, im Schießhaus. Abschluß am 18. Januar.
- Gotha.** Sonnabend, 16. Januar, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Volkshaus zum Mühren.
- Jmenau.** Sonnabend, 16. Januar in der „Rosenau“.
- Kolmar.** Sonnabend, 16. Januar, im Vereinslokal von Ahmann. Sämtliche Bibliothekbücher mitbringen.
- Kronach.** Sonnabend, 16. Januar, 8 Uhr, Vereinslokal Bamberger Thor.
- Langenberg.** Sonnabend, 16. Januar, nach Fabrikabschluss im Kaiserhof. Abschluß am 17. Januar.
- Leipzig.** Sonnabend, 16. Januar, im Restaurant Livoli, Windmühlenstraße. Vortrag des Genossen Staudinger.
- Mitterteich.** Sonnabend, 16. Januar, 8 Uhr, im Bayerischen Hof. Bibliothekbücher mitbringen. 20. Januar Quartalsabschluss.
- Neuhaus a. R.** Montag, 18. Januar, 8 Uhr, Sitzung der Verwaltung. 9 Uhr, Abschluß und Versammlung im Gasthaus zum Rennsteig.
- Neustadt b. C.** Sonnabend, 16. Januar, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Traube“. — Am 17. Januar Quartalsabschluss.
- Nürnberg.** Sonnabend, 16. Januar, abds. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Pankow.** Freitag, 29. Januar, 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, Kaiser Friedrichstr. 70.
- Plaue.** Sonntag, 17. Januar, nachmittags 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Adler. Wegen Ablehnung des neugewählten Vorsitzenden ist Neuwahl erforderlich.
- Pöbneck.** Dienstag, 19. Januar, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Schleuingen.** Sonntag, 17. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus zur Krone.

**Schmiedefeld.** Sonnabend, 16. Januar, 8 Uhr, bei Hermann Walter.

**Schönwald.** Sonnabend, 16. Januar, 8 Uhr, bei M. Nitziger. Abschluß.

**Spechtsbrunn.** Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr, in „Söhnleins Brauerei“. Abschluß.

**Teltow.** Sonnabend, 16. Januar, 7 Uhr, bei Rupsch, Hoher Steinweg.

**Tettau.** 16. Januar, abends 8 Uhr.

**Uordamm.** Sonntag, 17. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei Herrn

Paul Junge.

**Weiden.** Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Neue Welt“. Bibliothekbücher abgeben.

## Anzeigen

**Neuhaldensleben.** Die Mitglieder hiesiger Zahlstelle, welche über die statutarische Dauer hinaus restieren, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bis zum Abschluß (20. Januar), ihre Beiträge zu begleichen, wenn nicht die Mitgliedschaft dadurch in Frage gestellt werden soll. Die Verwaltung.

**Elsterwerda.** Beiträge nehme ich in meiner Wohnung sowie am Zahlabend in der Fabrik entgegen. (Für die Dreherei Kollege Kloppe, für die Malerei der Unterzeichnete). Richard Lottmann.

**Untermhaus.** Sonnabend, den 23. Januar, halten die Porzellanarbeiter von Untermhaus M a s k e n s c h e r z, mit Längchen in der Boeschänke ab. Wozu wir die Zahlstellen Kroschütz, Langberg, Hermsdorf und Reichenbach freundlichst einladen. Masken-Einzug abends 8 Uhr.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

### Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

**Eisenberg.** In der Zahlstellenversammlung vom 9. Januar wurde der hiesige Arbeitsnachweis aufgehoben. Wir ersuchen jedoch die Kollegen, mit Arbeitsangeboten nach hiesigen Fabriken vorläufig zurück zu halten, da hier die Arbeitslosigkeit vorherrscht. Die Verwaltung.

**Tiefenfurt.** Da durch Stillstand des einen Betriebes (Schleifische Fabrik) hieselbst eine größere Anzahl arbeitsloser Kollegen am Orte sind, werden die Kollegen ersucht, Arbeitsangebote nach hier zu unterlassen. Zahlstelle Tiefenfurt.

**Frankfurt a. M.** Der Arbeitsnachweis für Frankfurt a. M. Offenbach befindet sich bis auf weiteres bei Gittfried, Sachsenhausen, Große Rittergasse 56. Die Kollegen wollen hiervon Notiz nehmen.

**Fraureuth.** Vor jedem Bezug nach hier wollen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse sich über die hiesigen Verhältnisse bei der Verwaltung erkundigen.

**Abgießer u. Formengießer,** welcher auch im Formen und Retouchieren tüchtig, und in seinen Arbeiten gewissenhaft ist, sucht per sofort dauernde Stellung. Offerten unter H. W. an die Redaktion der Amesse erbeten.

**Schmelzer** auf Zugofen sowohl Muffel, geübt auf Porzellan, Glas und Steingut, sucht baldigst Stellung. Offerten unter R. E. an die „Ameise“ erbeten.

**Schildermaler,** selbständiger Arbeiter und Zeichner, in der Glasmalerei nicht unerfahren, sucht Stellung. Offerten unter M. L. an die „Ameise“ erbeten.

**Schriftmaler** auf Apotheken-Standgefäße sofort gesucht gegen Wochenlohn. Angenehme Stellung. Offerten unter A. B. an die „Ameise“ erbeten.

**Becherdreher,** dessen Frau garnieren kann, möglichst per sofort gesucht. Offerten unter B. an die „Ameise“ erbeten

Preis der 2 gespaltenen Beitzelle 80 Pfennig

### Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. H. Haupt, Dresden-A., Gräßenastr. 6.

**Goldschmiedere, goldhaltige Lappen, Pinsel, Näpfe, Flaschen, Goldsche, sowie Platin und alle platinhaltigen Sachen** kauft zu höchsten Preisen, schnelle und reelle Bedienung

Otto Seifert, Zwickau, Sachsen, Osterweihstr. 32.

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Röntgenstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.